

Essen, 15. Mai 2023

Pressekonferenz

zur

141. Hauptversammlung des Marburger Bundes

Gesprächsteilnehmer:

Dr. Susanne Johna

1. Vorsitzende des Marburger Bundes - Bundesverband

Dr. Andreas Botzlar

2. Vorsitzender des Marburger Bundes - Bundesverband

Armin Ehl

Hauptgeschäftsführer des Marburger Bundes – Bundesverband

Moderation

Hans-Jörg Freese

Leiter Verbandskommunikation / Pressesprecher

Unsere Pressemappe finden Sie in digitaler Form unter:

www.marburger-bund.de/pressemappe



MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de

Essen, 14. Mai 2023

Marburger Bund: Studiendaten müssen transparent sein

„Bei Verstößen dürfen auch finanzielle Sanktionen kein Tabu mehr sein“

Ergebnisse klinischer Studien müssen unabhängig vom Ergebnis komplett in akkreditierten Datenbanken auf europäischer und deutscher Ebene frei zugänglich sein und zeitgerecht veröffentlicht werden. Das hat heute die 141. Hauptversammlung des Marburger Bundes in Essen gefordert.

Auch wenn eine Studie abgebrochen wurde, müssten die Gründe dafür publiziert werden. Jede Erkenntnis aus klinischen Studien könne veränderte Behandlungskonzepte nach sich ziehen und bisherige Gewissheiten in Frage stellen.

„Wissenschaftliche Studien dienen dem Ziel, die Qualität und Sicherheit der Patientenversorgung zu verbessern. Da es sich meist um öffentlich geförderte Forschung handelt, sollten die zuständigen staatlichen Institutionen darauf bedacht sein, dass das Publikationsgebot auch tatsächlich eingehalten wird. Bei Verstößen dürfen auch finanzielle Sanktionen kein Tabu mehr sein“, heißt es im Beschluss des Verbandes der angestellten Ärztinnen und Ärzte.

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de



Essen, 14. Mai 2023

Marburger Bund für rassismuskritische Lehre im Medizinstudium

Bewusste und unbewusste Vorurteile führen zu einer schlechteren Versorgung

Die 141. Hauptversammlung des Marburger Bundes fordert die Medizinischen Fakultäten auf, rassismuskritische Lehrinhalte in Form von Pflichtveranstaltungen ins Medizinstudium aufzunehmen. Medizinstudierenden sollten lernen, wie sie diskriminierungsfrei mit und über People of Colour (POC) und Menschen mit Migrationsgeschichte kommunizieren. Die spezifischen Aspekte der Gesundheitsversorgung von POC und Menschen mit Migrationsgeschichte müssten in Hinblick unter anderem auf die Symptompräsentation, Diagnostik und Therapie im Lehrplan abgebildet werden, heißt es im Beschluss der Delegierten.

„People of Colour (POC) und Menschen mit Migrationsgeschichte erleben im Gesundheitswesen regelmäßig Diskriminierung. Bewusste und unbewusste Vorurteile führen zu einer relevant schlechteren Versorgung. Teilweise werden die Symptome von POC und Menschen mit Migrationsgeschichte bagatellisiert und Besonderheiten in der medizinischen Versorgung sind häufig unbekannt. Gleichzeitig sind die Unterschiede bzgl. Symptompräsentation, Diagnostik und Therapie den Medizinstudierenden sowie Ärztinnen und Ärzten nicht in angemessenem Umfang bekannt. Dies führt zu einer Unter- und Fehlversorgung“, begründete der Marburger Bund seinen Vorstoß.

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de



Essen, 14. Mai 2023

Marburger Bund für verpflichtende IT-Standards im Gesundheitswesen

„Alle Dokumentationen, die Standards nicht erfüllen, sind auszusetzen“

Der Marburger Bund fordert den Gesetzgeber auf, zur Dokumentation von administrativen und medizinischen Daten im Gesundheitswesen verbindliche Standards für IT-Hersteller vorzugeben. Jede Information, die nicht einem zeitlichen Wandel unterworfen sei, sollte während eines Behandlungsfalles nur einmal eingegeben werden müssen. Gesetzgeberische Vorgaben zur Qualitätssicherung dürften nur dann umgesetzt werden, wenn diese IT-Standards erfüllt seien. Alle Dokumentationen, die den Standards nicht entsprechen, seien auszusetzen, heißt es in einem Beschluss der 141. Hauptversammlung des Verbandes der angestellten Ärztinnen und Ärzte.

„Krankenhausinformations- (KIS) und Praxisverwaltungssysteme (PVS) müssen über geeignete, vom Hersteller zu erfüllende Maßnahmen, wie z.B. digitale Automatisierung von Abläufen, so gestaltet sein, dass innerhalb des Systems Daten ohne erneute Eingabe ausgetauscht werden können. Subsysteme müssen Informationen über Schnittstellen beziehen. Dafür ist es erforderlich, dass Informationen auf ‚Feldebene‘ komplett standardisiert sind. Ärztinnen und Ärzte sind sich bewusst, dass durch die Dokumentation von Daten eine wichtige Grundlage für Transparenz, Wissen und neue Erkenntnisse geschaffen wird. Wenn Dokumentation aber schlecht gemacht ist, wird sie zur Bürokratie“, kritisierten die Delegierten.

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de



Essen, 13. Mai 2023

Marburger Bund: Budgetierung in der ambulanten Versorgung abschaffen

„Wer mehr Patienten mit medizinisch notwendigen Leistungen versorgt, darf nicht mit Einkommensnachteilen bestraft werden“

Der Marburger Bund fordert die Bundesregierung auf, die bestehende willkürliche Mittelbegrenzung im ambulanten Versorgungsbereich aufzuheben und eine bedarfsnotwendige Versorgung zu ermöglichen. „Die Budgetierung in der ambulanten Medizin ist ein Programm zur schleichenden Unterversorgung. Wer mehr Patientinnen und Patienten mit medizinisch notwendigen Leistungen versorgt, darf dafür nicht mit Einkommensnachteilen bestraft werden. Es ist höchste Zeit, dass die Politik der Budgetierung ein Ende setzt und Ärztinnen und Ärzten wieder die Chance gibt, jeden ihrer Patienten bedarfs- und zeitgerecht zu versorgen“, heißt es in einem Beschluss der 141. Hauptversammlung des größten deutschen Ärzteverbandes.

Die Budgetierung beschränke ärztliche Arbeit, wo sie jetzt und in Zukunft dringend gebraucht werde. „Ärztinnen und Ärzten sind allzu häufig die Hände gebunden, weil sich das verordnete Budget nicht nach dem tatsächlichen Bedarf richtet, sondern den Mustern einer überkommenen Kostendämpfungspolitik folgt. Das Scheitern dieser Politik ist überall im Gesundheitswesen zu sehen: in der ambulanten wie in der stationären Versorgung“, kritisierten die Delegierten.

Konsequent wäre es, der schon bestehenden und absehbaren Unterversorgung durch eine Vergütung der tatsächlich erbrachten bedarfsnotwendigen Leistungen zu begegnen. Mit ein paar kosmetischen Korrekturen in einigen Bereichen wie der Kinder- und Jugendmedizin oder Sicherstellungszuschlägen in unterversorgten Gebieten werde das Problem nicht zu lösen sein, dafür brauche es schon den Mut zur Rückbesinnung auf eine wertegeleitete Gesundheitspolitik, betonte die Hauptversammlung des Marburger Bundes.

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de



Essen, 13. Mai 2023

Marburger Bund fordert vollständige Abkehr von Fallpauschalen-Finanzierung

141. Hauptversammlung: Vorhaltefinanzierung der Krankenhäuser als erlösunabhängige Vergütungskomponente ausgestalten

Der Marburger Bund fordert vom Bundesgesetzgeber eine vollständige Abkehr von der derzeitigen Krankenhausfinanzierung über diagnosebezogene Fallkostenpauschalen (DRG). Der größte deutsche Ärzteverband hält die von der Regierungskommission beim Bundesgesundheitsministerium vorgeschlagene „Weiterentwicklung“ des Fallpauschalensystems für ungeeignet, um die damit verbundenen erheblichen Fehlanreize zu beseitigen, auch wenn Schritte für eine Vorhaltefinanzierung unternommen werden. Jede Krankenhausfinanzierung auf der Basis von DRGs setze Fehlanreize zu Unter-, Über- und Fehlversorgung und schaffe Interessenkonflikte, die das individuelle Vertrauensverhältnis von Arzt und Patient gefährdeten. „Vertrauen braucht Zeit und kann nicht mit einer DRG erfasst werden. Vertrauen ist nicht zählbar“, heißt es in einem Beschluss der 141. Hauptversammlung des Marburger Bundes in Essen.

Der Marburger Bund spricht sich für ein zukunftsfestes Abrechnungssystem für Krankenhausleistungen aus, um eine bedarfsdeckende Versorgung zu humanen Bedingungen zu ermöglichen: „Konservativ-begleitende Behandlungen und die menschlich-soziale Interaktion dürfen gegenüber technischen ‚Leistungen‘ nicht weiter benachteiligt werden. Sie sind personalbindend und aufwändig, aber essenziell für den Behandlungserfolg und müssen wieder Wertschätzung erfahren.“ Die Delegierten forderten den Gesetzgeber auf, die Vorhaltefinanzierung der Krankenhäuser als erlösunabhängige Vergütungskomponente auszugestalten. Die Vorhaltefinanzierung müsse einen Bezug zu den Kosten der notwendigen Infrastruktur eines Krankenhauses (Personal- und Sachkosten) unter Berücksichtigung der Erfüllung des jeweiligen Versorgungsauftrages haben.

Die von der Regierungskommission vorgeschlagenen „Vorhaltevergütungen“ würden dagegen auch in Abhängigkeit der Anzahl der Behandlungsfälle gezahlt werden. Mit einer solchen Ausgestaltung würde de facto ein weiteres kompliziertes Vergütungssystem neben den in reduzierter Form weiter bestehenden DRG-Fallpauschalen etabliert werden, kritisierte die Hauptversammlung des Marburger Bundes.

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de



Essen, 13. Mai 2023

Fachkräftemangel im Gesundheitswesen wirksam begegnen

141. Hauptversammlung des Marburger Bundes fordert Erhöhung der Studien- und Ausbildungskapazitäten

Der Marburger Bund fordert den Bundesgesetzgeber auf, dem Fachkräftemangel im Gesundheitssystem mit adäquaten Maßnahmen zu begegnen. Angesichts des Fachkräftemangels werde es zunehmend schwieriger werden, die Versorgung der Bevölkerung in einer Gesellschaft des langen Lebens in den nächsten Jahren sicherzustellen, mahnten die rund 200 Delegierten auf der 141. Hauptversammlung des größten deutschen Ärzteverbandes in Essen.

Schon heute fehlten in vielen Regionen und Versorgungsbereichen die notwendigen Fachkräfte. Darüber hinaus treibe die hohe Arbeitsintensität bei niedrigem Personalstand, verbunden mit der unzureichenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gerade junge Ärztinnen und Ärzte sowohl im ambulanten als auch stationären Versorgungsbereich immer stärker in die Teilzeittätigkeit. Der Anteil betrage mittlerweile rund 30 Prozent.

„Erforderlich ist eine umfassende Fachkräftestrategie im Gesundheitswesen mit einer Erhöhung der Studien- und Ausbildungskapazitäten. Die von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag versprochene Erhöhung der Medizinstudienplätze an staatlichen medizinischen Fakultäten ist dringend umzusetzen“, forderte die Hauptversammlung des Marburger Bundes.

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de

